

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Frank Bösch

Internationale Solidarität im geteilten Deutschland

Konzepte und Praktiken

DOI: 10.14765/zzf.dok-2695

In: Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger (Hg.), Internationale Solidarität.
Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018, S. 7–34.

DOI (Band): 10.14765/zzf.dok-2694

Digitaler Reprint des ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im
Wallstein Verlag im September 2018 erschienenen Sammelbandes:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332089-internationale-solidaritaet.html>

Copyright © 2024 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-SA 4.0 International.
Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der
Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von
dieser Lizenz nicht erfasst.



10.14765/zzf.dok-2695

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 18

Inhalt

FRANK BÖSCH Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken	7
CHRISTIAN HELM Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua	35
STEFANIE SENGER Getrennte Solidarität? West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista in den 1980er Jahren	64
CAROLINE MOINE Christliche Solidarität mit Chile. Helmut Frenz und der transnationale Einsatz für Menschenrechte nach 1973	93
FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA Solidarität und Menschenrechte. Amnesty International, die westdeutsche Linke und die argentinische Militärjunta, 1975-1983.	122
ERIC BURTON Solidarität und ihre Grenzen. Die »Brigaden der Freundschaft« der DDR	152
ANJA SCHADE Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des African National Congress	186

SOPHIE LORENZ

»Schwarze Schwester Angela«.

»Rot-schwarze« Verbundenheitsvorstellungen und die
DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis 209

KIM CHRISTIAENS

Europa als »Dritte Welt«.

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus
während des Kalten Krieges 235

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 263

Internationale Solidarität im geteilten Deutschland

Konzepte und Praktiken

FRANK BÖSCH

Seit den 1960er Jahren entstanden in vielen westlichen Ländern zivilgesellschaftliche Initiativen, die die »Dritte Welt« unterstützten. Soziale Ungerechtigkeit und politische Verfolgungen beflügelten ihr Engagement ebenso wie die Hoffnung, dort sozialistische Utopien umzusetzen. Auch in der Bundesrepublik engagierten sich viele Solidaritätsgruppen für politisch Verfolgte in lateinamerikanischen Diktaturen, gegen die rassistische Ordnung in Südafrika oder für sozialistische Reformprojekte, besonders in Kuba und Nicaragua. In zahlreichen Städten blühten Initiativen auf, die Informationsblätter und öffentliche Aktionen organisierten, Spenden sammelten und Kontakte zu Exilanten und den jeweiligen Regionen aufbauten. Viele von ihnen reisten zudem in diese Länder, um ehrenamtliche Hilfe zu leisten. Andere zeigten ihre Solidarität durch Konsumboykotte und solidarischen Konsum – wie etwa durch den Kauf von Kaffee aus Nicaragua.

Parallel dazu – mitunter in Konkurrenz, mitunter im Austausch – entstand in sozialistischen Staaten wie der DDR eine staatlich initiierte »internationale Solidarität«. Sie leistete ebenfalls durch Brigaden Hilfe vor Ort, nahm verfolgte »Sozialisten« auf und schulte sie. Auch in der DDR kam es so zu einer massenhaften Mobilisierung, die sich allerdings auf sozialistische Länder, Bewegungen und verfolgte Kommunisten bezog. Jedoch war dies staatlich von oben organisiert, und Spenden wurden unter Anleitung der SED formalisiert gesammelt. Dennoch entstand in Ostdeutschland in dieser Zeit ebenfalls eine emotional und ethisch gegründete breite Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Zudem bildeten sich auch in den sozialistischen Ländern Aktionen von unabhängigen Gruppen. Beide Teile Deutschlands entdeckten somit zwei Jahrzehnte nach dem Nationalsozialismus im Rahmen weltweiter Trends ihre globale Verantwortung, wengleich unter spezifischen politischen Vorzeichen.

Dieses Buch untersucht an ausgewählten Beispielen die Ziele, Motive und Praktiken der internationalen Solidarität in Ost- und Westdeutschland. Warum engagierten sich in dieser Zeit Menschen in Ost und West in fernen Ländern? Wer setzte sich dort mit welchen Erwartungen ein? Im Vordergrund stehen damit weniger die öffentlichen Diskurse oder Spenden bei humanitären Katastrophen als die praktizierte in-

ternationale Solidarität mit ihren grenzübergreifenden Begegnungen. Die internationale Solidarität wird als eine transnationale Praxis vor dem Hintergrund des Kalten Krieges betrachtet. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf den 1970/80er Jahren und insbesondere, wie bei den damaligen deutschen Akteuren, auf Lateinamerika und der südlichen Hälfte Afrikas. Gefragt wird nach der Ausgestaltung der transnationalen Kooperationen, die über den Menschenrechtsdiskurs hinausreichten, und nach den Folgen dieses Engagements. Ebenso werden die Grenzen vieler Initiativen diskutiert, deren Scheitern und die damit verbundene Enttäuschung. Denn viele zivilgesellschaftliche Solidaritätsbewegungen behielten ihren Schwung nur wenige Jahre, dann folgten Ernüchterung, Konflikte und ein Erlahmen der Unterstützung.

Die Solidarität in West- und Ostdeutschland entwickelte sich zeitgleich, hatte aber systembedingt einen unterschiedlichen Charakter: Im Westen war sie vor allem zivilgesellschaftlich geprägt, im Osten hingegen vornehmlich staatlich organisiert oder kontrolliert. Beides soll im Folgenden differenziert werden. Die Gegenüberstellung der Beiträge zu Ost und West, aber auch einzelne Querbezüge in den Artikeln, ermöglichen einen Blick auf die Differenzen und Verschränkungen. Einleitend werden zunächst der Begriff der Solidarität und die Praktiken der internationalen Solidaritätsbewegungen diskutiert, sowohl in linksalternativen und bürgerlichen Milieus als auch in der DDR. Ebenso wird nach dem Erfolg und der Reichweite dieser Aktivitäten gefragt.

Solidarität: Begriff und Praktiken

»Solidarität« ist Leitbegriff der neuesten Geschichte. Aus dem Französischen entlehnt, gewann er seit dem frühen 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung und war semantisch mit dem französischen Revolutionsbegriff der »Brüderlichkeit« (*fraternité*) verbunden.¹ Auch einige neuere Lexika nennen daher »Brüderlichkeit« als Synonym für Solidarität – oder zumindest die wechselseitige Verpflichtung, als Mitglieder einer Gruppe füreinander einzustehen.² Die recht umfangreiche Literatur zur Begriffsgeschichte der Solidarität hat ihre Hauptstränge vielfältig herausgearbeitet: Einerseits die Solidarität der sozialistischen Arbeiterbewegung, die die Solidarität als zentrale gesellschaftsbildende Kraft auffasste und als gegenseitige

¹ Vgl. Thomas Fiegle: Von der Solidarité zur Solidarität: ein deutsch-französischer Begriffstransfer, Münster 2003.

² Bruno W. Reimann: Solidarität, in: Thomas Meyer u. a. (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 547f.

Verpflichtung innerhalb der Arbeiterklasse; andererseits der Solidarismus der christlichen Soziallehre, der aus der Annahme der Hilfsbedürftigkeit und Verbundenheit der Menschen eine ausgleichende wechselseitige Unterstützung fordert, die gemeinschaftsbildend sein soll.³ Beide Linien prägen bis heute die Deutung des Begriffs der politischen Linken bzw. innerhalb kirchlicher und christdemokratischer Organisationen, die auch in ihren aktuellen Parteiprogrammen den Begriff sichtbar verwenden.

Bereits frühe Soziologen wie Auguste Comte und insbesondere Emile Durkheim griffen den Begriff in wissenschaftlichen Schriften auf und fassten Solidarität als gegenseitige Opfer, die funktional ausdifferenzierte Gesellschaften zusammenhalten.⁴ Durkheim erklärte Solidarität mit moralischen Verbundenheitsgefühlen und einem ethischen Zusammenhang, der zugleich eine emotionale Grundierung aufweise.⁵ So galt die Empörung über ein Unrecht früh als ein wichtiger Ursprung für die Ausübung von Solidarität. Seitdem wurden in der Soziologie ähnliche Kontexte mit dem Begriff verbunden und Akzente ergänzt. Karl Otto Hondrich betonte etwa die Freiwilligkeit der »Verbundenheit trotz Differenzen«, die oft eine einseitige Unterstützung bedeute, aber eine gegenseitige Verpflichtung erwarte.⁶ Während viele Soziologen den Altruismus bei der Solidarität betonten, verweist Ulf Tranow auf ein Verpflichtungsgefühl aus normativen Erwartungen. Als soziologisches Konzept verweise Solidarität, so Tranow, »auf Verantwortungspflichten sowie Unterstützungs- und Kooperationshandlungen« und auf die Annahme einer »Opferbereitschaft«.⁷ Andere sozialwissenschaftliche Arbeiten akzentuieren eine zugrundeliegende Idee von Gerechtigkeit und unterscheiden zwischen Solidarität auf Basis geteilter und unterschiedlicher Interessen.⁸ Als Arbeitsdefinition für unser Buch lässt sich hieraus entwickeln, dass internationale Solidarität gemeinschaftsbildende Formen der grenzübergreifenden Unterstützung und Kooperation beschreibt, die

3 Kurt Bayertz: Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/M. 1998, S. 11-53; Markus D. Zürcher: Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft: zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität, Tübingen 1998, S. 41-52; Manfred Groser: Solidarität, in: Dieter Nohlen (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 2, München 2002, S. 846.

4 Ulf Tranow: Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs, Wiesbaden 2012, S. 16.

5 Fiegle: Von der Solidarité, S. 91-95, 154-170.

6 Karl O. Hondrich/Claudia Koch-Arzberger: Solidarität in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994, S. 13 f.

7 Tranow: Das Konzept, S. 13.

8 Hans-Werner Bierhoff/Detlef Fetchenhauer: Solidarität: Themen und Probleme, in: Dies. (Hg.): Solidarität, Opladen 2001, S. 9-19, hier S. 10 f.

auf einer freiwillig gewählten sozialen Verpflichtung und auf politischen Gerechtigkeitsvorstellungen beruhen. Solidarität bezieht sich damit auf moralische Positionen und kooperativ intendierte Praktiken.⁹

Der normative Überschuss des Begriffs »Solidarität« ist unübersehbar. Er lässt sich als eine diskursive Strategie und öffentliche Positionierung fassen, die mit Utopien verbunden ist – wie der Verwirklichung des Sozialismus, der Menschenrechte und von Gerechtigkeit gegenüber der »Dritten Welt«. Damit ist er ein Quellenbegriff, der auf bestimmte Wahrnehmungen und Praktiken verweist, weniger eine analytische Kategorie. Solidarität ist sozial konstruiert und behauptet zunächst eine engere Verbundenheit, die erreicht werden soll. Solidarität kann oft spontane Ursachen haben, etwa humanitäre Katastrophen, gewaltsame Machtwechsel oder Kriege. Charakteristisch sind zugleich Versuche, spontane Solidarität durch Organisationen zu festigen. Solidarität lässt sich somit von anderen Formen der Unterstützung mit geringerem weltanschaulichen Überschuss abgrenzen – wie der humanitären Hilfe bei Katastrophen, der formalisierten Entwicklungshilfe und der politischen Kooperation – wenngleich die Grenzen oft fließend sind.

Das Konzept der Solidarität erhielt schubweise einen internationalen Charakter. Die internationale Solidarität war zunächst vor allem ein Begriff der Arbeiterbewegung, die sich mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 zusammenschloss, um diese auszubauen. Internationale Solidarität war ein Appell an die Arbeiterklasse, sich grenzübergreifend im Kampf gegen die Ausbeutung zu unterstützen. Dies bedeutete eine Unterstützung, die über den Nationalstaat hinausging und im späten 19. Jahrhundert im Kontext von Bewegungen entstand, die später als erste Welle der Globalisierung bezeichnet wurden. Aus dem proletarischen Internationalismus entstand eine antiimperialistische und anti-koloniale Solidarität, die im Realsozialismus des 20. Jahrhunderts große Bedeutung entfaltete. Die Weltkriege erschütterten sie, aber zugleich führte der Kampf gegen rechte Diktaturen zu aktiven Formen der internationalen Solidarität, auf die sich später berufen wurde – etwa im Spanischen Bürgerkrieg und im Zuge der politischen Verfolgungen nach 1933 in Deutschland. Die neuen linken Bewegungen seit den 1960er Jahren, die den Begriff wiederentdeckten, erinnerten entsprechend seine Verbindung zum »Kampf gegen den Faschismus«, der auf gegenwärtige Verhältnisse übertragen wurde.¹⁰

9 Zürcher: Solidarität, S. 175.

10 Vgl. als Quelle die Texte in: Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 25.

Die öffentliche Verwendung des Begriffs Solidarität stieg im deutschen Sprachraum seit Mitte der 1960er Jahren an und erreichte um 1980 ihren Höhepunkt, wie auch Volltextanalysen über Google NGram andeuten.¹¹ Nach der deutschen Vereinigung pendelte sich die Begriffsverwendung auf niedrigerem Niveau ein, auch, weil nun der Gebrauch in DDR-Texten wegfiel. Im englischen und französischen Sprachraum nahm die Verwendung der Begriffe *solidarity/solidarité* rein quantitativ erst in den frühen 1980er Jahren zu und verlor im Jahrzehnt danach ebenfalls an Bedeutung.¹² Diese zunehmende Verwendung war im Westen mit einem semantischen Wandel verbunden: Seit den 1960er Jahren wurde Solidarität stärker als eine weltumspannende universalistische Pflicht angesehen, kaum noch als Solidarität der Arbeiterklasse.¹³ Die Vorstellung der »Einen Welt«, die moralisch, diskursiv und auch visuell an Bedeutung gewann, veränderte die bisherigen Verbundenheitsgefühle.¹⁴ Die sozialistischen und christlichen Solidaritätsverständnisse näherten sich im Westen an, da beide Seiten mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats und der Abnahme von sozialen Ungleichheiten stärker die Unterstützung der »Dritten Welt« fokussierten.

Eine noch größere Bedeutung hatte der Begriff Solidarität in der DDR, wo er weiter als ein Grundprinzip der Arbeiterklasse galt. Auch die internationale Solidarität gehörte zum Kern ihres offiziellen Selbstverständnisses. Die von Walter Ulbricht verkündeten zehn Gebote der sozialistischen Moral forderten etwa an erster Stelle die »internationale Solidarität der Arbeiterklasse« und »aller sozialistischer Länder«. Ebenso verlangte Artikel 6 der Verfassung Solidarität mit jenen Völkern, »die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen«.¹⁵ Die demonstrativ herausgestellte internationale Solidarität diente der Außen- und Binnenlegitimation.¹⁶

11 Eigene Auswertungen über: <https://books.google.com/ngrams>.

12 Ebd.

13 Sigrid Baringhorst: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Wiesbaden 1998, S. 30.

14 David Kuchenbuch: »Eine Welt« im Bild – Medialisierungen des Selbst/Welt-Verhältnisses in den 1970er und 1980er Jahren, in: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): Die neue Wirklichkeit: Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik seit den 1970er Jahren, Frankfurt/M. 2015.

15 Detlev Brunner: DDR »transnational«. Die »internationale Solidarität« der DDR, in: Alexander Gallus u. a. (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte transnational, Göttingen 2015, S. 64–80, hier S. 64.

16 Patrice G. Poutrus: Die DDR als »Hort der internationalen Solidarität«. Ausländer in der DDR, in: Thomas Großbölting (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation. DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Bonn 2010, S. 134–154.

Als Ausdruck der Solidarität galt die »Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei« und als Praxisform der internationalen Solidarität »die brüderliche Zusammenarbeit [...] mit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung«. ¹⁷ Die SED und die von ihr dominierten Organisationen verbanden sie darüber hinaus seit den 1960er Jahren zunehmend mit der Unterstützung der sozialistischen Strömungen und Ländern des »Globalen Südens«, die als »progressive Völker« bezeichnet wurden. Das »Solidaritätskomitee der DDR« koordinierte die verschiedenen Aktivitäten und Organisationen, wobei die Entwicklungshilfe im weiteren Sinne trotz des Zentralismus der DDR äußerst zersplittert blieb. ¹⁸ Insbesondere die Einheitsgewerkschaft FDGB mobilisierte regelmäßig und organisierte Massenspenden, denen man sich schwer entziehen konnte. In der staatlichen »antiimperialistischen Solidarität« der DDR dominierten zunächst politische und geostrategische, dann seit Ende der 1970er Jahre zunehmend auch ökonomische Interessen, um in der Wirtschaftskrise die Handelsbilanzen aufzubessern.

Jenseits der kommunistischen Parteien und Regime nahm sich auch die 1951 gegründete Sozialistische Internationale des Begriffes an. ¹⁹ Dies trug mit dazu bei, den Begriff bei der bundesdeutschen Linken zu verankern. In der Bundesrepublik wählte die SPD die Solidarität in ihrem Godesberger Programm von 1959 zu einem ihrer drei Grundwerte (»Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«). Sie definierte diese als »die aus der gemeinsamen Verbindung folgende Verpflichtung« und forderte: »Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker«, was sich auf die Förderung von deren Wohlstand bezog. ²⁰ Auch im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 wurde die Solidarität als Leitbegriff definiert, etwa als Voraussetzung der »menschlichen Gesellschaft«, sei es gegenüber den Schwächeren, Älteren und der »Dritten Welt«. ²¹ Bis heute bildet sie einen der drei Grundwerte der SPD.

17 So die Definition in: Meyers Neues Lexikon, Bd. 12, Leipzig 1975, S. 596.

18 Das stellen auch Teilstudien fest: Ulrich van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die »geheimen« Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime, Münster 2005, S. 37.

19 Guillaume Devin: L'Internationale socialiste. Histoire et sociologie du socialisme international (1945-1990), Paris 1993, S. 184.

20 So bereits im Godesberger Programm 1959, Abschnitt »Grundwerte des Sozialismus«, URL: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf.

21 Berliner Programm der SPD 1989, mit Ergänzungen von 1998 in: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf.

Wie diese internationale Solidarität im Westen zu einer Praxis in der Mehrheitsgesellschaft wurde, zeigte sich in der humanitären Hilfe.²² Vor allem die Hilfsaktionen beim Biafra-Krieg in Nigeria Ende der 1960er Jahre gelten als ein wichtiger Ausgangspunkt. Medienbilder von verhungerten Kindern mobilisierten nicht nur Spenden, sondern eine breite emotionale Anteilnahme und ehrenamtliche Hilfe, sei es von Ärzten oder aus kirchlichen Kreisen. Visuelle Assoziationen zu heimischen Kriegsbildern, Vertreibung und Holocaust-Opfern trugen zur Verbreitung des Menschenrechtsdiskurses bei.²³ Hier zeigten sich zugleich die Spannungen zwischen der humanitären Hilfe von etablierten Organisationen und der Solidarität von unten, da die linken Studentengruppen an dieser »unpolitischen« Unterstützung von Notleidenden nicht partizipierten oder sie als politische Instrumentalisierung bewerteten.²⁴

Internationale Solidarität der 68er und im linksalternativen Milieu

Die 68er zeigten ein Verständnis von »internationaler Solidarität«, das als Begriff wie als Praxis von der marxistischen Theorie und der Unterstützung kolonialer Befreiungskämpfe geprägt war. Als ein wichtiger Ausgangspunkt gilt die Solidarität mit Algerien seit den späten 1950er Jahren, wenngleich sich damals in der Bundesrepublik nur wenige hierzu engagierten. Impulsgebend waren französische Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre und Akteure aus der »Dritten Welt«, deren Kampf für die spätere Studentenbewegung ein Vorbild wurde.²⁵ Emigranten und Studenten aus den jeweiligen Ländern, die im Westen lebten, spielten von Beginn an eine wichtige Rolle, um das Unrecht in ihrer Heimat zu thematisieren und emotionalisierend für die Solidarität zu werben.²⁶ Nachdem zuvor

22 Vgl. Young-Sun-Hong: *Cold War Germany, the Third World and the Global Humanitarian Regime*, Cambridge 2015.

23 Vgl. Lasse Heerten: *The Biafran War and Postcolonial Humanitarianism: Spectacles of Suffering*, New York/Cambridge 2017; Marie-Luce Desgrandchamps: *L'humanitaire en guerre civile. La crise du Biafra (1967-1970)*, Rennes 2018.

24 Konrad J. Kuhn: »The Credibility of our Humanitarian Effort is at Risk«: Tensions between Solidarity and Humanitarian Aid in the Late 1960s, in: Johannes Paulmann (Hg.): *Dilemmas of Humanitarian Aid in the Twentieth Century*, Oxford 2016, S. 311-328.

25 Vgl. Dorothee Weitbrecht: *Aufbruch in die Dritte Welt: Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2012, S. 356 f.; Christoph Kalter: *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt/M. 2011, S. 481.

26 Quinn Slobodian: *Foreign Front: Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham/London 2012, S. 79, 126 f. Vgl. auch zu den frühen Wurzeln anti-im-

etwa nur Exil-Iraner gegen die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Heimatland protestiert hatten, mobilisierte ihr Protest im Vorfeld des Schah-Besuchs auch westdeutsche Studierende.²⁷ Als besonders einflussreich erwiesen sich in der Bundesrepublik etwa die Schriften des Exil-Iraners Bahman Nirumand, der zuvor bereits die internationale oppositionelle »Konföderation Iranischer Studenten« mit aufgebaut hatte.²⁸ Nachdem bei den Schah-Protesten 1967 ein Polizist den Demonstranten Benno Ohnesorg erschossen hatte, verwandelte sich die internationale Solidarität mit den Opfern im Iran zu einer Solidarität mit den Protestierenden, die nun weitere, vom Iran ganz losgelöste Proteste anschoß. Ähnliches galt für die spätere Solidarität mit Lateinamerika: Für die Unterstützung Chiles warben viele Exil-Chilenen – nicht zuletzt Allendes Familie selbst mit zahlreichen Reisen. Auch die Solidarität mit Nicaragua setzte ab 1977 ein, nachdem Exil-Nicaraguaner auf Veranstaltungen über die Situation in ihrem Land sprachen und dies mit kulturellen Impressionen verbanden, wie Konzerten, Lesungen und Essen aus der Region.²⁹ Besonders der Dichter und Priester Ernesto Cardenal, den das just gegründete »Büro Nicaragua« mit christlichen Gruppen einlud, begeisterte hier als »Zeuge des Unrechts«.³⁰

Vor allem die Solidarität mit dem kommunistischen Vietnam führte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu einer wegweisenden massenhaften Mobilisierung.³¹ Das Sammeln von Spenden und Informationen, die emotionale Anteilnahme und vor allem die Organisation öffentlicher Protestaktionen wurden hier maßgeblich eingeübt. Die Vietnam-Solidarität internationalisierte die Neue Linke und förderte ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge. Ebenso war die gemeinschaftsbildende Kraft für die meist studentischen Protestierenden unübersehbar, die später

perialen Nationalbewusstseins in westlichen Metropolen Michael Goebel: *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Cambridge 2015.

27 Eckard Michels: *Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung*, Berlin 2017.

28 Bahman Nirumand: *Persien. Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der Freien Welt*, Reinbek 1967.

29 Vgl. die Plakat-Sammlung zur Veranstaltung im Archiv des Instituts für Sozialforschung, Hamburg.

30 Vgl. Bericht in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 7.12.1977.

31 Zur Einordnung vgl. etwa: Detlef Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik: Protest, Revolte, Gegenkultur*, Stuttgart 2018; Claudia Olejniczak: *Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland: Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung*, 1998, S. 106 f.

als eine »68er-Generation« und -Bewegung zusammengefasst wurden.³² Dagegen organisierte in der DDR seit 1964 das offizielle »Afro-Asiatische Solidaritätskomitee« Spenden und Aktionen, die eine breitere Basis hatten. Während das Politbüro Waren und militärische Güter nach Nordvietnam schickte, sendeten nach offiziellen Angaben rund sechs Millionen DDR-Bürger Protestadressen gegen die Kriegsführung der USA und sammelten Spenden.³³ Da diese Solidarität vielfältig erforscht ist – und im Rahmen von 50 Jahren 1968 derzeit erneut im Vordergrund steht – wird sie in diesem Buch nicht gesondert aufgegriffen.

Hervorzuheben sind dennoch die Unterschiede zu späteren Solidaritätsbewegungen. Insgesamt blieb diese Solidarität abstrakt, ebenso wie die Solidarität mit dem maoistischen China. Generell theoretisierte sich im Vietnam-Protest die Auseinandersetzung mit der Dritten Welt. Reisen in diese Länder blieben selten, wenngleich ein kleiner, eher individueller »Revolutionstourismus« nach Kuba aufkam. Die Solidarität der 68er war zudem stärker nach innen gerichtet, als Protest gegen die Politik der Bundesrepublik oder der USA, weniger auf die konkrete Unterstützung von Menschen in Ostasien. Der Solidaritätsruf »Ho, Ho, Ho Chi Minh« sollte das heimische Establishment schocken und sozialistischen Revolutionen huldigen. An eine ehrenamtliche Hilfe in den Waisenhäusern oder Reisfeldern Vietnams dachte hingegen kaum jemand unter den Protestierenden. Gerade weil Ostasien so unerreichbar fern blieb, fiel es leichter, Maos China oder HỒ Chí Minhs Vietnam zu huldigen.

Seit der kubanischen Revolution elektrisierte zudem der »Befreiungskampf« in Lateinamerika die westliche Linke. Der Personenkult um den Revolutionskämpfer Che Guevara beflügelte nachhaltig romantische Vorstellungen über den Dschungelkrieg. Nicht nur Aufbrüche, sondern auch Enttäuschungen förderten diese Solidarität. Letzteres galt insbesondere für die Chile-Solidarität nach dem Sturz der sozialistischen Regierung von Salvador Allende 1973. Zahlreiche Lateinamerikagruppen entstanden in den 1970er Jahren, um über die Verbrechen der Militärdiktaturen in Chile und Argentinien zu berichten. An diese Lateinamerikagruppen knüpfte seit 1978 die besonders wirkungsmächtige Nicaragua-Solidarität an, die für revolutionären Aufbruch stand. Derartige Gruppen waren oft verflochten. So berichtete rückblickend eine Aktivistin, die sich ab 1982 im Wuppertaler »Nicaragua Büro« engagierte: »In

32 Auch die Medien konstruierten dies mit den Akteuren; vgl. Martin Stallmann: Die Erfindung von »1968«. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977-1998, Göttingen 2017.

33 Vgl. Günter Wernicke: »Solidarität hilft siegen!«: Zur Solidaritätsbewegung mit Vietnam in beiden deutschen Staaten, Berlin 2001, S. 44-51.

Solingen hatte ich 1973 ein Chile Solidaritätskomitee mitgegründet und in Solidaritätsgruppen für die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Zimbabwe und Mozambique mitgearbeitet. Aber der Volksaufstand der Sandinisten war mir näher, dort schienen meine Träume von Menschen mit schwarz-roten Halstüchern in die Tat umgesetzt zu werden. Das ethische und moralische Projekt der sandinistischen Revolution entsprach weitgehend den Idealen der Linken hier und es war weitaus einfacher, sich damit zu solidarisieren als mit anderen Befreiungsbewegungen in Afrika oder Asien.«³⁴ Wie das Zitat unterstreicht, wechselte das Engagement, und man nahm Erfahrungen mit. Die Verbundenheit mit den entfernten Regionen hing freilich von einem Gefühl der kulturellen Nähe ab.

Viele Solidaritätsgruppen des alternativen Milieus entstammten linken Bewegungen, andere waren stärker christlich geprägt oder verbanden christlich inspirierte Hilfe mit politischen Zielen. Entsprechend knüpften sie an die beiden unterschiedlichen Traditionen des Solidaritätsbegriffs an, wobei es nun jedoch zu einer gewissen Annäherung kam. Die bundesdeutsche Linke verachtete die Kirchenhierarchie daheim, in Lateinamerika faszinierten viele dagegen die Gemeinschaft im christlichen Glauben und die politisch-soziale Dimension der Befreiungstheologie.³⁵ In der DDR waren die unabhängigen Solidaritätsgruppen ohnehin eng an die Kirche angebunden. Der Glaube war keine notwendige Bedingung für die Solidarität, aber er förderte jene Melange aus altruistischer Hilfe, Verbundenheit und Gemeinschaftsgefühlen, die für sie charakteristisch war.

Wie Solidarität sich aus der protestantischen Kirche heraus entfaltete, zeigt in unserem Buch der Beitrag von *Caroline Moine* am Beispiel des evangelischen Pastors Helmut Frenz. Der in Chile ansässige westdeutsche Geistliche trat zunehmend engagiert gegen Pinochets Herrschaft ein und förderte eine internationale Solidarität mit den Verfolgten. Über kirchliche Netzwerke verbreitete er Informationen über die Verfolgungen in dem südamerikanischen Land, und durch Briefe und Gespräche mobilisierte er in beiden Teilen Deutschlands, auch nachdem Chile ihn 1975 auswies. Die Verhältnisse in Chile wurden dabei in Deutschland, wie Moines Artikel zeigt, aus einer nationalen Perspektive heraus bewertet, wobei die eigene nationalsozialistische Vergangenheit ein zentraler Referenzpunkt war. Die Fallstudie verdeutlicht, welche zentrale Bedeutung anfangs einzelne Personen hatten, die aus fernen Ländern in Deutsch-

34 So Barbara Lucas rückblickend 2003, in: <http://www.infobuero-nicaragua.org/das-infobuero-in-den-80er-jahren/> (Zugriff: 13.6.2018).

35 Vgl. zeitgenössisch den linken Journalisten Leo Gabriel: *Aufstand der Kulturen*, Hamburg 1987, S. 182.

land informierten und mobilisierten. Ebenso wird die Vielstimmigkeit von Organisationen wie der evangelischen Kirche deutlich, da andere deutsche Geistliche in Chile durchaus Pinochet unterstützten und dafür Kontakt zur CSU suchten.

Im Vergleich zur Chile-Solidarität blieb die Solidarität mit Argentinien nach der Errichtung der dortigen Militärdiktatur geringer. Wie der Beitrag von *Felix A. Jiménez Botta* zeigt, gelang es Ende der 1970er Jahre Menschenrechtsgruppen im Bündnis mit Amnesty International zumindest kurzfristig im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die massiven politischen Verfolgungen zu lenken. Der Menschenrechtsdiskurs machte die Agitation von linksalternativen Gruppen auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit anschlussfähig. Die Erfolge blieben dennoch begrenzt: Die Bundesregierung agierte zurückhaltend, und ihr Protest konzentrierte sich auf verfolgte Deutsche in Argentinien. Weder der »Durchbruch der Menschenrechte« noch eine breite Emotionalisierung durch Solidaritätsgruppen waren damit eine Selbstverständlichkeit Ende der 1970er Jahre.

Stark war hingegen die Solidarität mit Nicaragua. Obgleich hier im Laufe der 1980er Jahre einzelne Reibungen zwischen den dorthin reisenden westdeutschen Gruppen und Brigaden und den Sandinisten aufkamen, betont der Beitrag von *Christian Helm* die Erfolge dieser Unterstützung vor Ort und die fortgesetzte positive Bewertung von beiden Seiten. So seien aus den Reisen persönliche Beziehungen und ein intensives Engagement für das sandinistische Nicaragua in Deutschland entstanden. Ihre Aufbauhilfe in Kampfgebieten, die viele Brigaden ab 1983 trotz der Lebensgefahr bewusst durchführten, stärkte ihre Mobilisierung gegen die USA bzw. die von ihnen unterstützten Contra. Entscheidend für viele Aktivisten war, an einem politischen Umbruch teilzuhaben, den sie für die Bundesrepublik ersehnten.

Dieses deutsche Engagement vollzog sich im Rahmen von internationalen Veränderungen. Ähnliche Solidaritätsgruppen kamen in vielen Ländern Westeuropas und Nordamerikas auf. Sie standen oft miteinander im Austausch, wobei besonders Netzwerke von Exilanten die Bindeglieder bildeten.³⁶ Ebenso ermöglichte der Austausch von Rundschriften, die sie publizierten, eine wechselseitige Information. Ein engerer Austausch entstand bei den kleineren Gruppen, die tatsächlich in die jeweiligen

³⁶ Kim Christiaens u. a. (Hg.): *European Solidarity with Chile 1970s-1980s*, Frankfurt/M. 2014; Caroline Moine: »Votre combat est le nôtre«. Les mouvements de solidarité internationale avec le Chili dans l'Europe de la Guerre froide, in: *Monde(s)* 8 (2015), S. 83-104.

Länder reisten. Die internationale Solidarität entwickelte sich dabei parallel zum Aufstieg des Menschenrechtsdiskurses und der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Weltweit rückten dadurch Diktaturen, die bislang durch die Dualität im Kalten Krieg toleriert wurden, auf die politische Agenda.³⁷ Die UNO spielte hierbei eine entscheidende Rolle beim Agenda-Setting. Ausgewählte Länder wie Pinochets Chile fanden hier eine scharfe Verurteilung, durchaus forciert durch Anträge aus osteuropäischen Ländern, auf die diese Rhetorik jedoch wieder zurückwirkte. Ebenso war die 1972 beschlossene »Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung« der UNO ein wichtiger Katalysator für die Solidarität mit dem ANC. Während sich die Auseinandersetzung um die Menschenrechte auch im starken Maße auf das sozialistische Ostmitteleuropa richtete, blickten die Solidaritätsbewegungen in Ost und West überwiegend auf die Länder des Globalen Südens.

Die »Dritte Welt« war dabei ein fluides Konstrukt, das auch im Rahmen der internationalen Solidarität neu erfunden wurde. Auch Länder in Lateinamerika, die vormals als überseeische Ableger der europäischen Kultur galten, wurden nun immer mehr unter diesem Begriff gefasst.³⁸ Teil dieser Dritten Welt zu sein, die Solidarität benötige, war nicht nur eine von den Industriestaaten entwickelte Konzeption. Auch Länder des Globalen Südens arbeiteten aktiv an dieser Konzeption mit, um so das Aufkommen einer internationalen Solidarität und Hilfe durch den Norden zu fördern. Der Begriff der Solidarität beschreibt zudem nicht nur eine Beziehung zwischen Industrieländern und Staaten des Globalen Südens. Auch innerhalb der südlichen Staaten kam es zu Solidaritätsaktionen. So entsandte Kuba zwischen 1975 und 1990 rund 50.000 Helfer nach Angola, um den Aufbau des Sozialismus zu fördern,³⁹ ebenso tausende Helfer nach Nicaragua nach 1979. Deutsche Aktivisten begegneten dadurch Menschen aus sehr unterschiedlichen Ländern. Inwieweit es hier auch zu deutsch-deutschen Begegnungen kam, zeigt dieses Buch ebenfalls auf.

Dass der Wandel des Kalten Kriegs und die Solidaritätsinitiativen zusammenhingen, argumentiert besonders der Beitrag von *Kim Christiaens*. Der Blick im Westen auf die »Dritte Welt« sei durch die Suche nach

37 Vgl. bes. auch für Chile: Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, (2. Aufl.) Göttingen 2015.

38 Vgl. für Chile dazu: Georg Dufner: Partner im Kalten Krieg: die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile, Frankfurt/M. 2014, S. 363.

39 Christine Hatzky: Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer 1976-1991, München 2012, S. 173 f.

Alternativen zum osteuropäischen Sozialismus geprägt gewesen und habe die Notwendigkeit einer breiten Zusammenarbeit deutlich gemacht. Auch vom Osten initiierte Ost-West-Begegnungen hätten Solidaritätsbewegungen im Westen beflügelt, die sich zugleich für eine Überwindung der Blockkonfrontation einsetzten. Ebenso habe der Blick auf autoritäre und rassistische Regime im Globalen Süden dazu beigetragen, die eigene diktatorische Vergangenheit mit einer neuen Sinnbildung zu versehen.

Ansätze und Praktiken bürgerlicher Solidarität

Der Begriff der Solidarität wird in der Öffentlichkeit, aber auch in der Forschung vor allem mit linksgerichteten Weltanschauungen assoziiert, sei es mit der Arbeiterbewegung, der DDR oder den neuen sozialen Bewegungen. Ergänzend zu den Beiträgen unseres Bandes lässt sich jedoch betonen, dass der Begriff in den 1970er Jahren bei bürgerlichen Gruppen und den Christdemokraten eine wachsende Bedeutung gewann. Sie übernahmen den Terminus in Anlehnung an dessen christliche Wurzeln und gaben ihm eine eigenständig akzentuierte Bedeutung, um ihr sozialpolitisches Profil zu schärfen. In dem ersten umfangreicheren Programm der CDU, dem Berliner Programm von 1968, spielte das Wort Solidarität noch keine Rolle.⁴⁰ Bei dessen Überarbeitung 1971 war das bereits anders. Unter dem Eindruck des gewandelten Zeitgeistes und der sozialliberalen Regierungspolitik sprach es nun von der »Solidarität aller Bürger« und forderte im Abschnitt zur Entwicklungspolitik: »Ein beständiger Friede verlangt eine Politik der internationalen Solidarität, die vorrangig dazu beitragen muß, daß alle Schichten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerecht beteiligt werden.« Der Wohlstand der reichen Länder, so auch die Mannheimer Erklärung der CDU 1975, verpflichtete »zur Solidarität mit den Hungernden und Bedürftigen in der Welt«.⁴¹ Das erste ausführliche Grundsatzprogramm der CDU, das sie 1978 in Ludwigshafen verabschiedete, hieß sogar »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit« und adelte das Wort zu einem der drei Leitbegriffe der Partei. Entsprechend ausführlich definierte die Union die Solidarität als »füreinander dasein« und als »wechselseitige Verantwortlichkeit«: Im Vergleich zur Linken wurde die Solidarität stärker als eine Technik der Gemeinschaftsbildung

⁴⁰ Lediglich die »gesamteuropäische Solidarität« wurde erwähnt unter Punkt II im Berliner Programm der CDU 1968. Auch die folgenden Programme finden sich als Faksimile in: <http://www.kas.de/wf/de/71.9132/>.

⁴¹ Mannheimer Erklärung der CDU 1975, in ebd., S. 93.

konzipiert, die allen Beteiligten Rechte und Pflichten abverlange und »auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern« gelte.⁴² Damit war Solidarität ein komplementärer Begriff zur Eigenverantwortung. Ebenso wurden die christlichen Wurzeln bei der CDU deutlich, wenn sie Solidarität mit der »Nächstenliebe« und der Subsidiarität verband. Insbesondere ihr Grundsatzprogramm von 1994 bezog schließlich die Solidarität stärker auf den Ausgleich innerhalb Deutschlands, also auf national grundierte Verbundenheitsgefühle.⁴³

Bemerkenswert ist, dass die Christdemokraten sich nicht auf die Programmatik beschränkten, sondern den linken Bewegungen auch eine eigene Praxis der internationalen Solidarität entgegenstellten. Sie bezog sich jedoch auf Verfolgte kommunistischer Regime. Auch hier entfaltete sich eine Solidarität mit emotionaler Anteilnahme und Hilfe, die weltanschaulich grundiert war. Die Union und bürgerliche Gruppen übernahmen Techniken, wie sie bislang eher auf der Linken und in den neuen sozialen Bewegungen eingeführt waren. Eingeübt wurde dies zudem bereits bei der Hilfe nach Protesten in Mittelosteuropa, wie in Ungarn 1956 und der CSSR 1968, nach denen auch zahlreiche Flüchtlinge in der Bundesrepublik Aufnahme und Unterstützung fanden.

Ebenso engagierten sich viele Unionspolitiker und Anhänger der Christdemokraten Ende der 1970er Jahre für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam, für die sogenannten »Boat People«. Den Vietnam-Protesten der 68er, die längst abgeebbt waren, setzten sie eine Solidarität mit den rund 1,5 Millionen Flüchtlingen entgegen, die unter lebensgefährlichen Bedingungen vor dem siegreichen kommunistischen Norden in die überfüllten Lager der südostasiatischen Nachbarländer flohen. Zahlreiche CDU-geführte Landesregierungen, allen voran Niedersachsen unter Ernst Albrecht, traten für ihre verstärkte Aufnahme nach Deutschland ein, während die Regierung Schmidt eher reserviert blieb und sich von den USA und der UNO drängen ließ.⁴⁴ Die flankieren-

42 Berliner Programm der CDU, 2. Fassung 1971, in ebd., S. 13. Vgl. auch die Mannheimer Erklärung der CDU 1975, S. 93; Martina Steber: Die Hüter der Begriffe: Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik, 1945-1980, München 2017, S. 340.

43 Hamburger Grundsatzprogramm der CDU 1994, S. 9, Faks. in: www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf.

44 Zum Folgenden vgl. ausführlicher: Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen 14,1 (2017), S. 13-40; Julia Kleinschmidt: Die Aufnahme der ersten »boat people« in die Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv Online, 26.11.2013, URL: <http://www.bpb.de/170611>.

den christdemokratischen Solidaritätsaktionen für die »Boat People« erinnerten an die Aktionsformen der sozialen Bewegungen. Die christdemokratische Studentenorganisation RCDS organisierte etwa 1979 die Spendenaktion »Helft den Vietnamesen«. Die Junge Union warb mit Aktionen für Wohnraum, Arbeit sowie Patenfamilien für vietnamesische Flüchtlinge und verkaufte Reis, um Spenden einzunehmen.⁴⁵ Politische Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement gingen besonders beim »Vietnam-Büro e.V.« ineinander über, das die CDU-Abgeordneten Elmar Pieroth und der Junge Unions-Vorsitzende Matthias Wissmann im April 1979 gründeten. Der spendenfinanzierte Verein sammelte Hilfgelder, übermittelte medizinische Hilfe und besorgte anscheinend recht erfolgreich Jobangebote für die eingeflogenen Vietnamesen.⁴⁶ In der Bevölkerung zeigten besonders die Wähler bürgerlicher Parteien eine breite Anteilnahme und Unterstützung. Die Spenden für die Neuankömmlinge in der Bundesrepublik und für parteiübergreifende Organisationen wie Cap Anamur waren überwältigend groß, und besonders die Presse des Springer-Verlags unterstützte die Aktionen. Mit dem Engagement für die »Boat People« setzte die Union einen Kontrapunkt zur bisherigen Mobilisierung der Linken. Ihr hielt sie nun vor, zu den aktuellen Menschenrechtsverletzungen in Vietnam zu schweigen, die sie einst lautstark beklagt hatten.

Auch gegenüber den Opfern des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und den über drei Millionen Flüchtlingen, die allein nach Pakistan und andere Nachbarländer flohen, zeigte sich diese bürgerliche Solidarität, die die Rhetorik der einstigen linken Vietnamkriegsprotteste adaptierte. Sie beklagte den Einsatz von Napalm-Bomben und prangerte plastisch die Tötung von Frauen und Kindern an, während sie die islamischen Guerilla-Krieger heroisierte oder romantisiert von »friedlichen Stämmen« sprach, »die nichts weiter wollen als persönliche und religiöse Freiheit«.⁴⁷ Wie bei den »Boat People« warf sie der Linken vor zu schweigen: »Was wäre wohl passiert, wenn die Amerikaner mit fünf Divisionen über einen Nachbarstaat hergefallen wären, wenn der bisherige Staatsoberhaupt ermordet worden wäre und der Ersatzmann von den Aggressions-

45 Flugblätter (etwa JU-Schreiben an Funktionsträger der JU, 11.8.1979) in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 04-007-471-4 und 07-001-532.

46 Zur Arbeit des Vietnam-Büros: MdB Pinger (CDU) an AA, 16.8.1979, in: Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PA AA) ZA Bd. 110380; Presseerklärung Vietnam-Büro, 5.7.1979, in: ACDP 04-007-471-4; Elmar Brok: Deutschland-Union-Dienst (DUD) Nr. 149, 7.8.1979, S. 4; Wolfgang Hoffmann: Im Netz der Bürokratie, in: Die Zeit, 23.11.1979.

47 Entschließungsantrag von Habsburg/EVP 25.3.1979, in: PA AA ZA Bd. 110426; Wulff Fraktionsprotokoll CDU 11.9.1979, S. 20 in: ACDP VIII-001-1058/1.

truppen gleich mitgebracht worden wäre? [...] Wo bleiben die Proteste von Herrn Albertz, von Harry Ristock, von Gollwitzer und anderen, die doch nie müde wurden, gegen den amerikanischen Einsatz in Vietnam zu demonstrieren?«, fragte etwa Helmut Kohl im Bundestag nach dem Einmarsch.⁴⁸ Und auch hier nutzten die Christdemokraten Vergleiche zum Nationalsozialismus, wie sie bisher eher die linke Solidaritätsbewegung gegenüber rechten Diktaturen einsetzte. So sprach Helmut Kohl von einem »Stück Völkermord« und einer »Ausrottungs-Strategie« in Afghanistan.⁴⁹

Ebenso entstanden im Umfeld der CDU unterstützende Vereine, wie das »Bonner Afghanistan Komitee« und die »Arbeitsgemeinschaft Afghanistan«. Zudem kamen neue NGOs auf, wie 1981 die Hilfsorganisation »HELP – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.«, die vor allem von der Otto von Benecke-Stiftung finanziert wurde.⁵⁰ Und wie bei den »Boat People« waren es die eher konservativ ausgerichteten Medien, die diese Hilfsaktionen unterstützten. Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer sammelte etwa, zusammen mit dem ZDF, der Zeitschrift *Die Bunte* und der *BILD*-Zeitung, nach eigenen Angaben 20 Millionen Mark für die afghanischen Flüchtlinge und berichtete öffentlich von seinen Reisen nach Pakistan und Afghanistan.⁵¹ Ebenso reiste der aktive Bundeswehr-Major Erich Kothny Anfang 1982 in seiner Urlaubszeit als freier Mitarbeiter für das ZDF und die *Stuttgarter Nachrichten* zu den Mudschaheddin. 1985 sammelte er Spenden, um damit den »Sender freies Afghanistan« aufzubauen, und hielt Vorträge über den »bewundernswerten unerschütterten Freiheitswillen der Afghanen«. ⁵² Im Vergleich zu den eher sozialistischen Solidaritätsgruppen waren diese Initiativen jedoch deutlicher mit der etablierten Politik verwoben.

Selbst gegenüber der weit verbreiteten Solidarität mit Nicaragua versuchten CDU und FDP eigene Akzente zu setzen, indem sie zur Solidarität mit den Opfern und Gegnern der sandinistischen Herrschaft mobilisierten. So lud besonders die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßig Christdemokraten aus Nicaragua ein, die über die Einschränkung ihrer

48 Kohl Bundestag 17.1.1980, Spalte 15590; ähnlich Todenhöfer im Bundestag 11.3.1982, Sp. 5446.

49 CDU-Fraktion 22.4.1980 in: ACDP VIII-001-1061/1; ebenso: Geiger an Genscher 6.8.1985, in: PA AA ZA Bd. 139329.

50 Vgl. auch ihre Selbstdarstellung: <https://www.help-ev.de/>.

51 Jürgen Todenhöfer: Teile dein Glück – und du veränderst die Welt! – Fundstücke einer abenteuerlichen Reise, München 2010, S. 202.

52 Vgl. die Artikel in der Reservistenzeitschrift »Loyal« Januar 1985 und »Europäische Wehrkunde« 12 (1983), S. 580, in: Botschaft Bagdad 24.6.1985, in: PA AA 139329.

Rechte und Menschenrechtsverletzungen dort berichteten.⁵³ Umgekehrt reisten auch Politiker der Union vielfach nach Nicaragua, wo sie neben den Sandinisten stets auch gezielt bürgerliche Politiker und Geistliche trafen. Der Junge-Unions-Vorsitzende Christoph Böhr flog etwa mit einer Delegation zu »fact-finding-missions« nach Nicaragua, besuchte dort auch christdemokratische Gefangene und setzte sich für ihre Freilassung ein.⁵⁴ Zudem förderte die Adenauer-Stiftung, in Konkurrenz zu den linksalternativen Brigaden, im größeren Umfang Projekte der Kirchen, von bürgerlichen Gruppen und privatwirtschaftlichen Unternehmen.⁵⁵

In Analogie zu den Menschenrechts-Hearings der Linken hielt die CDU 1985 schließlich ein international besetztes Nicaragua-Hearing ab, dessen Ergebnisse sie dann in der Schrift »Wie frei ist Nicaragua?« veröffentlichte.⁵⁶ Die Christdemokraten betonten, dass sie die Revolution anfangs begrüßt hätten, diese nun aber in eine »marxistische Diktatur« abgesunken sei. Und wie sonst die Linke, argumentierte die Union, gegen die angeblich »einseitigen« Medien eine kritische Öffentlichkeit schaffen zu wollen. Die aus Nicaragua eingeladenen Christdemokraten, die als Vertreter von Menschenrechtsgruppen auftraten, berichteten etwa, die Sandinisten hätten bereits 1979 Menschen getötet und heute gebe es mehr politische Gefangene als unter Somoza 1978.⁵⁷ Wem die internationale Solidarität zu gelten habe, war damit zu einem umkämpften Feld zwischen rechts und links geworden.

Internationale Solidarität in der DDR und Bezüge zur Bundesrepublik

Die internationale Solidarität der DDR war durchaus mit dem Westen verbunden. Die sozialistische Hilfe für den Globalen Süden, die sich seit den 1950er Jahren von Afghanistan bis Kuba abzeichnete, war für den Westen durchaus ein Anstoß, sich verstärkt zu engagieren.⁵⁸

53 Vermerk AA 13.6.1980, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. 127447.

54 Vgl. Horst Langes an Kohl 28.9.1983, in: PA AA MANAG Bd. 15537.

55 BWZ an KAS 9.10.1984 und BMZ an KAS 14.12.1984, in: PA AA B 98 Bd. 321.

56 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *Wie frei ist Nicaragua?*, Bonn 1985.

57 Vgl. José Esteban Gonzalez: *Verletzung der Grundrechte*, in: ebd., S. 15-18. Derartige Zahlen waren freilich kaum valide. Kriegsverbrecher wurden zudem mit Menschen gleichgesetzt, die 1978 für demokratische Rechte kämpften.

58 Vgl. etwa für Afghanistan: Timothy Nunan: *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*, Cambridge 2016, S. 12.

Ein zentrales Ziel der staatlichen Solidaritätsaktionen der DDR war und blieb die Förderung ihrer internationalen Anerkennung, die wiederum ins eigene Land zurückwirken sollte. Da die DDR im starken Maße auf die Bundesrepublik bezogen blieb, war dies auch eine auf den Westen gerichtete Kommunikation: Ein Ziel war, sich gegenüber der Welt und der Bundesrepublik als das moralisch bessere Deutschland nach dem Nationalsozialismus zu präsentieren. Entsprechend wurden Auszubildende und Studierende aus Vietnam, Angola oder Kuba, die in die DDR kamen, oft in den eigenen Medien abgebildet. Vielfach interagierte die DDR dabei mit westlichen Bewegungen. So schickte sie im Anschluss an die frühe westeuropäische Solidarität mit Algerien 1964 dorthin ihre erste FDJ-Brigade als Aufbauhelfer, die in Landwirtschaftsschulen und beim Aufbau von Industrie unterstützend wirkten.⁵⁹ Die DDR bildete sowohl im eigenen Land als auch in Afrika »Befreiungsbewegungen« aus, wie vor allem die SWAPO und den ANC, zudem schulte sie Sozialisten aus Mosambik und Angola. Die DDR spendete Schulhefte, Schuhe und Tütensuppen und verwandelte sich so von einem Teilstaat, der von »Westpaketen« zehrte, in ein selbstbewusstes Land, das den eigenen Wohlstand mit den Armen teilte. Hinzu kamen große staatliche Prestigeprojekte wie die Einrichtung des Krankenhauses »Carlos Marx« in Nicaragua, das als Leuchtturmprojekt international ausstrahlen sollte. Zudem versuchte die DDR über die kommunistischen Gruppen im Westen, die Solidarität in der Bundesrepublik zu beeinflussen. So finanzierte die SED westdeutsche Schriften und Veranstaltungen mit Exil-Chilenen, die sich gegen Pinochet richteten.⁶⁰

Viele DDR-Solidaritätsaktionen strahlten über eine staatlich verordnete Hilfe hinaus aus. Ein Aufruf in der Kinderzeitschrift »*Bummi*« führte zu Spenden im Umfang von angeblich 122 Tonnen Kinderspielzeug.⁶¹ Hinzu kamen unabhängige Projekte wie der Aufruf »Brillen für Nicaragua« von 1981, bei dem etwa 62.000 Lesehilfen zusammenkamen. Offizielle und unabhängige Aufrufe förderten Bindungen an die jeweiligen Länder und lassen sich als Teil einer emotional grundierten Unterstützung fassen. Auch Petitionen gegenüber politisch Verfolgten –

59 Fritz Tauber: *La guerre d'Algérie et la République Démocratique Allemande. Le rôle de l' »autre« Allemagne pendant les »événements« (1954 à 1962)*, Dijon 2010.

60 Dufner: *Partner*, S. 301f.

61 Vgl. Peter Strobinski: *Nicaragua war uns wichtig. Zur Geschichte der Solidarität der DDR-Bevölkerung*, in: Harzer/Volks (Hg): *Aufbruch*, S. 67.

wie Nelson Mandela oder Angela Davis – erreichten eine breite Anteilnahme, obgleich beide gewaltsamen Gruppen nahestanden.⁶²

Wie der Beitrag von *Sophie Lorenz* zur Solidarität mit Angela Davis zeigt, stand die Solidarität mit den Afroamerikanern in einer längeren Tradition »rot-schwarzer Verbundenheitsvorstellungen«, die in der Sowjetunion der 1920er Jahre aufgekommen waren. Dass die Kommunisten anti-rassistisch agierten und auch in Südafrika mit Schwarzen zusammenarbeiteten, bescherte ihnen tatsächlich Ansehen.⁶³ Die DDR konnte sich mit der Solidarität mit dem afroamerikanischen »anderen Amerika« sowohl von der Bundesrepublik als auch von der NS-Zeit abgrenzen. Dass Angela Davis auch bei der bundesdeutschen Linken zur »Black Power-Ikone« wurde, förderte die ostdeutsche Solidaritätskampagne zusätzlich, obgleich Angela Davis dem schwarzen militanten Protest nahestand, was durchaus subversives Potential für das eigene Land versprach.

Seit 1964 entsandte die DDR immerhin 60 »Brigaden der Freundschaft der FDJ« nach Afrika, Lateinamerika und vereinzelt nach Asien.⁶⁴ *Eric Burtons* Beitrag in diesem Buch untersucht die Motive und Erfahrungen dieser »Botschafter im Blauhemd«, die in der Forschung sehr unterschiedlich bewertet wurden: als erfolgreiche idealistische Aufbauer,⁶⁵ aber auch als durchaus in kolonialer Tradition stehend, da sie keine Unterstützung auf Augenhöhe gewährten.⁶⁶ Anhand von Brigaden in vier Ländern zeigt Burton, dass die Brigadisten zwar die vorgegebenen Verhaltensregeln eigensinnig durchbrachen, aber oft Konflikte im Kollektiv und mit den einheimischen Arbeitern entstanden. Letztere forderten mitunter mittels Boykott mehr Lohn und Rechte ein oder leisteten passiven Widerstand durch langsame Arbeit. Wie Burton zudem verdeutlicht, waren die Motive für diese offizielle Solidaritätsarbeit vielfältig: Idealismus, der Wunsch, aus der Enge der DDR zu entfliehen, und auch die materiellen Vorteile spielten eine Rolle. Rein altruistisch, wie sozialwissenschaftliche Definitionen die Solidarität fassen, war diese damit nicht.

62 Sophie Lorenz: »Heldin des anderen Amerikas«. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970-1973, in: *Zeithistorische Forschungen* 10.1 (2013), S. 38-60.

63 Stefan Bierling: *Nelson Mandela. Rebell, Häftling, Versöhner*, München 2018, S. 138f.

64 Vgl. Ulrich van der Heyden: *FDJ-Brigaden der Freundschaft aus der DDR – die Peace Corps des Ostens?*, in: Berthold Unfried/Eva Himmelstoss: *Die eine Welt schaffen: Praktiken von »Internationaler Solidarität« und »Internationaler Entwicklung«*, Leipzig 2012, S. 99-122.

65 Ebd., S. 109.

66 Hubertus Büschel: *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika, 1960-1975*, Frankfurt/M. 2014, S. 481.

Wie auch andere Beiträge des Buches zeigen, waren die Motive für ein solidarisches Engagement in Ost und West vielfältig. Für die meisten war es die erste Reise in außereuropäische Regionen. Neugier, Abenteuerlust oder auch eine Flucht aus den beengten Verhältnissen daheim motivierten nicht nur Brigadisten aus der DDR, sondern auch viele politisch engagierte Köpfe aus der Bundesrepublik. Im Westen überwog sicher das Ziel, politische Veränderungen zu unterstützen, aber auch die DDR-Brigadisten reizten nicht nur die materiellen Vorteile.

Wie im Westen erfuhr der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika besonders große Anteilnahme in der Bevölkerung. Die DDR unterstützte direkt ANC-Aktivisten, die gegen das Apartheidregime in Südafrika kämpften.⁶⁷ Wie der Beitrag von *Anja Schade* verdeutlicht, hatten die ANC-Aktivisten, die in die DDR kamen, einen überwiegend positiven Eindruck von dem sozialistischen Staat – im Unterschied etwa zu vielen chilenischen Exilanten. Kritik an den Zuständen in der sozialistischen Diktatur äußerten eher Jüngere. Andere Studien zeigten die Erfahrung des Rassismus in der DDR, da schwarze Ausländer nicht auf Dauer bleiben sollten und gemeinsame Kinder mit Ostdeutschen untersagt waren.⁶⁸ Argwöhnisch beobachtete die SED, dass auch Kirchenvertreter diese Solidarität teilten. Diese vielfältige Unterstützung bedeutete freilich nicht, dass der Rassismus in Ostdeutschland verschwand. Auch die von Anja Schade interviewten ANC-Akteure in der DDR berichteten, wie sie nach 1989 deutlich häufiger rassistisch attackiert wurden.

Seit den 1970er Jahren entstanden auch in der DDR vermehrt nicht-staatliche »Dritte Welt«-Gruppen. Unter dem Namen INKOTA, einem lockeren informellen Netzwerk, schlossen sich ab 1971 einige unabhängige Gruppen zusammen – insbesondere kirchliche, die mit Hilfsaktionen Länder im Globalen Süden unterstützten. Ihr Engagement ähnelte den karitativen Ansätzen christlicher Gruppen im Westen.⁶⁹ Wenngleich sie sehr klein waren, machten sie laut einer Auswertung von Maria Magdalena Verburg Ende der 1980er Jahre fast ein Viertel der politisch unabhängigen Gruppen der DDR aus und wiesen auch nach 1989 eine große

67 Hans-Georg Schleicher: Südafrikas neue Elite: die Prägung der ANC-Führung durch das Exil, Hamburg 2004, S. 276; van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen, S. 40 f.

68 Vgl. auch die Artikel von Simon Stevens und Sara Pugach, in: Slobodian (Hg.): *Comrades*, S. 121-130, 131-156.

69 Gregory Witkowski: *Between Fighters and Beggars: Socialist Philanthropy and the Imagery of Solidarity in East Germany*, in: Slobodian (Hg.): *Comrades*, S. 73-94.

Kontinuität auf.⁷⁰ »Solidarität« mit den Entwicklungsländern war auch für sie der zentrale Leitbegriff. Politisch übten sie deutlich weniger Kritik an der DDR als andere alternative Gruppen und forderten vornehmlich, ideologische Maßnahmen zu reduzieren.⁷¹ INKOTA konnte in den 1980er Jahren zumindest vierteljährlich ein halblegales Rundschreiben herausgeben. Wie bei anderen freien Initiativen bildete die evangelische Kirche ein entscheidendes und zugleich schützendes Dach. Die Tradition der christlichen Solidarität und die internationalen kirchlichen Netzwerke förderten diese Zusammenarbeit. Wie im Westen faszinierte auch die ostdeutschen Protestanten die Verbindung von Sozialismus und Christentum. Nicaragua stand, so erinnerte ein Aktivist, für die Hoffnung, die »Polstellung zwischen Christentum und Marxismus auch im eigenen Land aufzubrechen«.⁷²

Viele ostdeutsche Gruppen standen im Austausch mit ähnlichen Initiativen aus dem Westen, die sie mit eingeschmuggeltem Informationsmaterial versorgten. Insgesamt blieb ihre Beziehung jedoch ungleich: Die westlichen Gruppen wussten wenig über die ostdeutschen Gruppen und hatten relativ wenig Interesse an den kleinen Initiativen in der DDR. Sie agierten eher in einer einseitigen Geberrolle, wie auch der Beitrag von *Stefanie Senger* ausführt.⁷³ So erhielt die »Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua«, die 1981 in Leipzig entstand, etwa von westdeutschen Nicaragua-Aktivisten einen Diavortrag über Nicaragua, den sie übernahm und weiterverbreitete. Zudem reichten sie ihnen die Wuppertaler Informationsbriefe aus Nicaragua heimlich weiter, und Westdeutsche vom Dietzenbacher Nicaragua Komitee übermittelten Briefe aus Leipzig nach Nicaragua.⁷⁴ Dabei hatten die ost- und westdeutschen Nicaraguagruppen, so Stefanie Senger, durchaus übereinstimmende Beweggründe für ihren Aufbruch nach Nicaragua: Die Enttäuschung über die gesellschaftliche Situation im eigenen Land, die gefühlte Machtlosigkeit gegenüber der globalen Situation und die Hoffnung, dass das sandinistische Nicaragua als Beispiel für Europa und Deutschland dienen könnte. In Nicaragua

70 Maria Magdalena Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012, S. 14; Olejniczak: Die Dritte-Welt-Bewegung, S. 211-232, S. 258 f.

71 Ebd., S. 109, 197.

72 Zit. nach Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen, S. 78.

73 Ebd., S. 92 f.

74 Vgl. Karim Saab: Die deutsche Komponente in der Nicaragua-Arbeit, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 128-131, hier S. 130; Herman Schulz: Nicaraguanische Hoffnungen zwischen Wuppertal und Leipzig, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 132-136.

blieben die ost-westdeutschen Begegnungen punktuell, was auch daran lag, dass dort fast ausschließlich offizielle Brigaden arbeiteten.⁷⁵

Mit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten kam es zu einer Annäherung der ost- und westdeutschen Initiativen. Viele Ostdeutsche waren dabei mit der Zusammenarbeit eher unzufrieden: Erwartet wurde nun eine Kooperation auf Augenhöhe gegenüber dem Globalen Süden, während sich die Ostdeutschen durch die westdeutschen »Dritte Welt«-Aktivisten bevormundet und unangemessen belehrt fühlten. In den entsprechenden Ländern wurden einige ostdeutsche Helfer – etwa aus den FDJ-Brigaden – von der westdeutschen Entwicklungshilfe übernommen. Auch hier kam es zu Konflikten, und die bundesdeutsche Entwicklungshilfe bewertete die Arbeit staatlicher und nicht-staatlicher Gruppen aus der DDR kritisch.⁷⁶ Leicht war die Vereinigung Deutschlands also selbst in der Ferne nicht. Dennoch ist die Kontinuität der nicht-staatlichen »Dritte Welt«-Gruppe nach 1990 als hoch zu bewerten. In den 1990er Jahren kam es ohnehin zu einer doppelten Transformation der Solidarität im vereinten Deutschland: Einige Solidaritätsgruppen bestehen bis heute fort, sind aber weniger politisch ausgerichtet, andere transformierten sich zu politisierten globalisierungskritischen Initiativen. Mehrere wurden zu wichtigen Archiv- und Dokumentationszentren der internationalen Solidarität – wie beispielsweise das Forschungs- und Dokumentationszentrum für Chile und Lateinamerika (FDCL), das aus dem Chile-Komitee West-Berlin hervorgegangen ist.

Reichweite und Erfolg der internationalen Solidarität

Die Solidaritätsgruppen in beiden deutschen Staaten waren besonders aktiv, wenngleich ähnliche Gruppen auch in anderen europäischen Ländern und den USA aufkamen. Dieses starke Engagement korrespondierte in der Bundesrepublik mit dem recht großen alternativen Milieu, besonders im Osten hingegen mit der deutsch-deutschen Konkurrenz.⁷⁷ Wie auch die Beiträge des Bandes zeigen, stärkte der wachsende Rekurs auf die nationalsozialistische Vergangenheit das moralische Engagement gegen autokratische rechte Regime. Der Wunsch, ein anderes Deutschland zu vertreten und sich von der Geschichte abzusetzen, spornte zur

75 Vgl. Eberhard Löschecke/Mischi Philippi: Christen in »Nicaragua libre«, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 87-91.

76 Vgl. Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen, S. 195-200.

77 Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

Hilfe an. Zudem ermöglichte der recht hohe Wohlstand in Ost- und Westdeutschland diese aktive Solidarität, für die etwa Studenten aus Rumänien oder Griechenland geringere Spielräume hatten. Politische Überzeugungen trieben in Ost und West das Engagement jenseits der altruistischen Hilfe an. Nicht die jeweilige Not, sondern weltanschauliche Affinitäten bestimmten es. Antikapitalistische Sichtweisen, die sich besonders gegen den Einfluss der USA richteten, fanden sich bei den sozialen Bewegungen und der offiziellen Solidarität der DDR. Wie stark die internationale Solidarität in den einzelnen Ländern war, hing zudem von der regionalen und kulturellen Nähe ab: Spanien und die USA waren deshalb gegenüber Lateinamerika besonders engagiert, Frankreich gegenüber Vietnam. Und schließlich hing die Reichweite der Solidaritätsbewegung von einzelnen Personen und Migrant*innen ab, die sich jeweils engagierten.

Auf den ersten Blick scheiterten viele Solidaritätsbewegungen. Während der Hauptphase ihrer Aktivität konnten sie nur selten autoritäre Regime stürzen oder soziale Ungerechtigkeit beseitigen. Die internationale Solidarität von zivilgesellschaftlichen Gruppen hatte jedoch durchaus Einfluss auf die internationale Politik. So erreichte die Solidarität mit Chile, dass die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu Pinochets Chile in vielen Teilen der Welt deutlich abkühlten.⁷⁸ Dies trug in den 1980er Jahren mit zur Stärkung der Opposition und zur Demokratisierung bei. Nach den ersten Protesten der Nicaragua-Gruppen 1978 stellten die Bundesrepublik und andere westliche Länder die Entwicklungshilfe für das von Somoza beherrschte Land ein und mieden nun diplomatische Kontakte.⁷⁹ Die breite öffentliche Solidarität führte nach der Revolution mit dazu, dass auch die Bundesregierung das sandinistisch dominierte Nicaragua zumindest anfangs mit Hilfslieferungen und Krediten unterstützte.⁸⁰ Besonders groß war sicherlich der langfristige Erfolg beim Protest und den Boykottaufrufen gegen die Apartheid in Südafrika. Durch sie wurde der zunächst in Vergessenheit geratene ANC-Führer Nelson Mandela zu einer globalen Ikone, mit dem die Buren-Regierung noch während seiner Haft regelmäßig Reformgespräche führte.⁸¹

78 Als recht überzogen bilanziert dies: Dufner: Partner im Kalten Krieg, S. 366.

79 Vgl. Gansel/Dohnanyi Bundestag 7.12.1978, Sp. 9635; Abt. 3 AA an Staatssekretär 28.9.1978, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. III159; Gesprächsvorbereitung Schmidt von AA 17.10.1978, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. III160; Sprechzettel Dohnanyi 26.3.1979, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. II6101.

80 Vgl. BMZ an AA u. a. 30.11.1979, in: PA AA B 33 (ZA) 136387.

81 Bierling: Mandela, S. 226 f.

Obgleich die Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik besonders aktiv waren, reagierte selbst die sozial-liberale Bundesregierung nur begrenzt auf ihre weitergehenden Forderungen, noch weniger die Regierung Kohl. Auf das demonstrative Abziehen von Botschaftern oder umfassende Wirtschaftsboykotte verzichtete sie weitestgehend. Die innerdeutsche Konkurrenz spielte hierfür sicherlich eine Rolle, da sie anderenfalls einen Alleinvertretungsanspruch der DDR befürchtete. Ebenso förderte die starke wirtschaftspolitische Exportorientierung eine pragmatische Haltung. Dennoch sind die neuen sozialen Bewegungen nicht nur als ein Kontrapunkt zum staatlichen Handeln zu verstehen. Viele ihrer Themen wurden durchaus von klassischen politischen Akteuren angebracht. So machten staatliche Akteure den Umweltschutz bereits 1970 in Ost- und Westdeutschland zu einem zentralen Thema, das dann einige Jahre später Umweltgruppen neu dynamisiert aufgriffen.⁸² Ähnliches gilt für die Menschenrechtspolitik und die Entwicklungshilfe, deren Konzeption als »Hilfe zur Selbsthilfe« durchaus stilbildende Formen für Solidaritätsgruppen aufwies.⁸³ Auch bei den Akteuren der internationalen Solidarität bestanden Berührungspunkte. Sozialdemokratische Politiker wie Hans-Jürgen Wischnewski oder Erhard Eppler reisten früh in entsprechende Länder, berichteten kritisch zur Menschenrechtssituation oder setzten sich für staatliche Unterstützung und Spenden ein.⁸⁴ Die Bevölkerung in den Ländern des Globalen Südens nahm die Differenz zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlicher Hilfe anscheinend ohnehin kaum wahr: So klagten viele Aktivisten, dass sie vor Ort mühsam ihre politische Arbeit erklären mussten, und eine Umfrage in Orten Nicaraguas mit bundesdeutschen Brigaden ergab, dass die Mehrheit sie für Entwicklungshelfer hielt, die in vielen Ländern helfen.⁸⁵ Auch die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Helfern verschwammen bei der Bevölkerung.

Gefördert wurde diese Schnittmenge zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Initiativen durch den Einzug der Grünen in die Parlamente und kommunalen Gremien. In Hessen, wo die erste rot-grüne Koalition entstand, forderten die Grünen bereits 1984 Geld für den Aufbau eines Hospitals in Nicaragua, wofür in den nächsten Jahren insgesamt eine Million DM für die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation

82 Vgl. Frank Uekötter: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015, S. 119-122.

83 Zu diesem Konzept ausführlich: Büschel, Hilfe zur Selbsthilfe.

84 Olejniczak: Dritte-Welt-Bewegung, S. 193.

85 Rosmarie Karges: Von Spanien bis Nicaragua. Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe, Offenbach 1994, S. 239-243, S. 304.

»medico international« bereitgestellt wurde.⁸⁶ In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wurde gesondert die verstärkte Zusammenarbeit mit Nicaragua erwähnt. Tatsächlich gelang gleich eine »Länderpartnerschaft zwischen Hessen und Region IV in Nicaragua«, und ein spezieller Fonds förderte die Einrichtung von Städtepartnerschaften mit Nicaragua. Die rot-grüne Regierung warb dafür mit konkreten Projektbeispielen. Die grünen Abgeordneten in den Kommunen mobilisierte sie beispielsweise in einem Rundschreiben: »Bringt Anträge auf Partnerschaften bei Euch ein«, um »Betroffenheit und Sensibilisierung der Bevölkerung« zu erreichen. Tatsächlich forderten viele Kommunen einige tausend DM, um kleine, sehr konkrete Projekte zu fördern.⁸⁷ Gießen unterstützte etwa eine Müllabfuhr, Limburg-Weilburg eine Kaninchenfarm, Offenbach eine Fahrradwerkstatt und der Kreis Wetterau ein Schulprojekt in unterschiedlichen Kommunen Nicaraguas.⁸⁸ 1985 bestanden bereits 35 Initiativen, aus denen rasch zwei Dutzend Partnerschaften zwischen hessischen und nicaraguanischen Städten erwachsen.⁸⁹ Angesichts der Einstellung der bundespolitischen Hilfe unter Kohl versuchten die Grünen so eine Nebenaußenpolitik aus den Kommunen heraus aufzubauen. Als Ziel dieser Initiativen gaben die Grünen in Wiesbaden an, so »zur Verbreitung von Informationen« und zum Austausch von Solidaritätsgruppen beizutragen.⁹⁰ Die Auslandsagentur der Sandinisten gab eine direkte Anleitung zum Einfädeln einer Städtepartnerschaft, die sie als direkte Hilfsprojekte beim Aufbau verstand. Priorität sollten daher die Städte erhalten, die militärisch angegriffen wurden.⁹¹ Die Städtepartnerschaften gaben dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine langfristige, finanziell breitere und offizielle Struktur. Zudem sorgten sie für eine größere Reichweite. So sammelte die besonders engagierte hessische Kreisstadt Dietzenbach bis 1986 nach eigenen Angaben rund zwei Millionen DM an Material- und Geldspenden und schickte im Rahmen ihrer Städtepart-

86 Vgl. Änderungsantrag Hessischer Landtag Grüne 3.4.1984, SPD/Grüne 7.6.1984, in: Archiv Grünes Gedächtnis (AGD) A 1488.

87 Vgl. Rundschreiben Grüne im Landtag/Hessen 19.8.1985, Antrag Grüne Kassel 19.7.1984, Antrag Grüne Mörfelden 1.12.1984, in: AGD A 1488.

88 Vgl. Übersicht Grüne Hessen 1985, in: AGD A 1488.

89 Vgl. Klaus Hess: Städtepartnerschaften, in: Otker Bujard (Hg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. Die politischen Plakate des befreiten Nicaraguas 1979-1990, Köln 2007, S. 318-322; Karges: Solidarität, S. 143.

90 Antrag Grüne Wiesbaden 27.6. und 29.7.1985, in: AGD A 1488.

91 Vgl. Stellungnahme der Botschaft der Republik Nicaragua zur Aufnahme von Städtepartnerschaften, in: Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (Hg.): Schulpartnerschaften: Nicaragua-Bundesrepublik, Göttingen 1987, S. 20 f.

nerschaft auch deutsche Auszubildende in Nicaraguas Betriebe.⁹² Fast alle Städtepartnerschaften bestehen bis heute.

Ähnlich differenziert ist die Reichweite der Solidarität der DDR zu bewerten. Offensichtlich konnte sie langfristig weder den Sozialismus in Afrika und Lateinamerika erfolgreich stützen noch im eigenen Land. Viele Hilfsprojekte, bei denen ihre Brigaden zum Einsatz kamen, scheiterten auch an kulturellen Differenzen.⁹³ Wie bei der westdeutschen Entwicklungshilfe sorgten langsame Fortschritte für Frustration, während insbesondere Afrikaner die Augenhöhe vermissten und sich kolonial bevormundet fühlten. Die Beiträge dieses Buches zeigen jedoch, dass auch die ostdeutsche Solidarität Auswirkungen hatte. Von afrikanischer und lateinamerikanischer Seite wurde die Unterstützung von und in der DDR überwiegend positiv bewertet, ebenso von den hier nicht behandelten Vietnamesen, von denen viele zur Ausbildung oder als Vertragsarbeiter in die DDR kamen.⁹⁴ Ebenso sahen die Brigadisten aus der DDR ihre Arbeit als hilfreiche Erfahrung an, wenngleich die nachhaltigen Ergebnisse ihrer Bautätigkeit wie im Westen begrenzt blieben.⁹⁵ Und bis heute erinnern viele Ostdeutsche die Solidaritätskampagnen für Angela Davis, gegen die Apartheid oder für Nicaragua positiv als eine wichtige moralische Anteilnahme an der Weltpolitik.

Jenseits der einzelnen Akteure war in Ost und West für den Erfolg der internationalen Solidarität entscheidend, wie stark die Aufmerksamkeit der globalen und nationalen Medien erreicht werden konnte. Die Visualisierung der Stimmlosen und des Fremden sowie die Inszenierung von Heldengeschichten zählen zu den erfolgreichen Strategien.⁹⁶ Nur eine begrenzte Reichweite hatten sicherlich die selbst publizierten Periodika der Solidaritätsgruppen (wie »*Nicaragua aktuell*« oder »*Lateinamerika-Nachrichten*«), wenngleich sie ähnliche Strategien benutzten.⁹⁷ Erfolgreicher waren Kommunikationsformen, die die überregionalen Medien adressierten und sich vor ihnen inszenierten. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 entrollten etwa Angehörige der Chile-Solidarität vor laufender Kamera Plakate gegen Pinochets Junta.⁹⁸ Ebenso zeigten

92 Vgl. ebd., S. 21 f.

93 So für ein Projekt in Sansibar: Büschel: Hilfe, S. 480 f.

94 So in: Karin Weiss: Nach der Wende. Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Berlin 2005, S. 77-96, hier S. 93.

95 Dies belegen viele Zeitzeugenberichte wie in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch.

96 Baringhorst: Politik als Kampagne, S. 99 f., 172 f.

97 Letztere sind ab 1975 digitalisiert: <https://lateinamerika-nachrichten.de>.

98 Balsen/Rössel: Solidarität, S. 339.

die Grünen bei der Regierungserklärung von Helmut Kohl im Mai 1983 plötzlich ein Plakat, das auf einen von Contras ermordeten Deutschen eine Woche zuvor anspielte: »Herr Kohl! Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod Albrecht Pflaums«.99 Hungerstreiks, Besetzungen von Botschaften und Protestveranstaltungen brachten ebenfalls ihre Anliegen in die Öffentlichkeit. In der DDR konnte die offizielle Solidaritätsbewegung selbstverständlich über die staatlichen Medien mobilisieren. Bislang wurde kaum berücksichtigt, dass die DDR-Bürger zeitgleich entsprechend kritische Berichte über Chile oder Südafrika über das Westfernsehen sahen. Gerade das Fernsehen ermöglichte deutsch-deutsche Bezüge, die auch die Haltung der DDR-Bürger mit geprägt haben dürften.

Dieses Buch ist kein Handbuch mit einem umfassenden Anspruch. Ausgewählt wurden thematisch zueinander passende Beiträge zu ausgewählten regionalen Schwerpunkten in Amerika und dem subsaharischen Afrika. Die Solidaritätsbewegungen reichten jedoch selbstverständlich darüber hinaus. Neben der gut erforschten Solidarität mit Vietnam im Rahmen der Studentenproteste ist etwa an die Solidarität mit der PLO und den Palästinensern zu erinnern, an die Solidarität mit Protesten in europäischen Ländern wie in Portugal, Griechenland, Polen und Verfolgten im sozialistischen Mittel-Osteuropa, ebenso die Solidarität mit der Türkei, mit den Kurden oder mit Tibet seit Mitte der 1980er Jahre.

Aus heutiger Sicht ist jedoch nicht nur bemerkenswert, wie groß und engagiert die internationale Solidarität in den Jahrzehnten seit den 1960er Jahren war. Ebenso fallen ihre regionalen Schwerpunkte und Grenzen auf, was selten thematisiert wird. So beschränkte sie sich zunächst vor allem auf Länder, auf die die beiden Supermächte direkten Einfluss nahmen – sei es in der Sphäre der sozialistischen Regime (von Mosambik bis Kuba), sei es durch militärische oder politische Einflussnahme der USA (wie in Vietnam, Chile oder Nicaragua). Es bedurfte offensichtlich dieser Verbindung zur heimischen Konstellation im Kalten Krieg, um Engagement, Aufmerksamkeit und emotionale Bindungen zu fördern. Die internationale Solidarität mit dem Globalen Süden war somit durch den nationalen Rahmen und dessen Einbindung in Ost und West geprägt. Die Konkurrenz um globale Aufmerksamkeit förderte eine Konzentration auf wenige Länder.

Gegen die meisten Diktaturen und Autokratien dieser Jahrzehnte protestierten insofern keine Solidaritätsgruppen oder nur kleine Exilvereine. Das gilt etwa für die meisten islamischen Staaten, ebenso für die meisten

99 Süddeutsche Zeitung, 7.5.1983, S. 1.

afrikanischen oder ostasiatischen Länder, die Diktaturen und blutige Konflikte durchlitten. Selbst kommunistische Diktaturen wie in Nord-Korea oder Kambodscha führten kaum zu einer breiteren Solidarität auf konservativer Seite, da sie erst spät in den Fokus der globalen Kommunikation rückten. Internationale Solidarität entfaltete sich besonders dann, wenn eine Änderung der Verhältnisse möglich schien, kulturelle Verbindungen zur eigenen Lebenswelt gesehen wurden oder eine erstrebenswerte Ordnung als erreichbar galt. Die Utopie einer besseren Welt musste greifbar sein, damit Menschen sich engagierten.

*

Dieser Band veröffentlicht einige der Vorträge und Texte, die 2016 auf einer internationalen Tagung am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam diskutiert wurden. Die Veranstaltung wurde zudem von der Universität Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines unterstützt. Allen Beteiligten gilt unser herzlicher Dank für die vielfältigen Diskussionsimpulse, die auf der Konferenz noch weitere Solidaritätsbewegungen umschlossen, etwa zur PLO oder mit der Solidarność in Polen. Ein großer Dank gebührt meinen Mitherausgeberinnen, Judith Koettnitz für die Tagungsorganisation und meinen Hilfskräften Jakob Mühle und Jakob Saß, die den Druck und die formale Überarbeitung der Texte tatkräftig begleitet haben.